

## Protokoll

zur öffentlichen Sitzung des Beirates beim Ortsamt Blumenthal  
**am Montag, dem 7. März 2011 um 19.00 Uhr**  
im Großen Saal der Bremer Heimstiftung  
Stiftungsdorf Rönnebeck, Dillener Straße 69-71, 28777 Bremen

### Anwesend:

Vom Ortsamt: Herr Nowack, Vorsitzender – Frau Wildemann, Protokoll

### Vom Beirat:

Frau Borrmann, Herr Brand, Frau Kröger-Schurr, Frau Krohne, Herr Meyer, Frau Palme, Herr Schupp, Herr Schurr, Herr Schwarz, Frau H. Stitz, Herr Teiwes, Herr Thormeier

### Es fehlten:

Herr Böcker, Herr Dettmer, Herr Rühl, Frau M. Stitz

### Gäste:

Herr Maximilian Donaubauer, Leiter des Bauamtes Bremen-Nord

Frau Margitta Schmidtke, Bürgerschaftsabgeordnete

Frau Dr. Maika Schäfer, Bürgerschaftsabgeordnete

### Vertreter der Medien:

Frau Friedrichs, BLV

Herr Goldberg, Die Norddeutsche

### Tagesordnung:

1. Sachstand zur Änderung des Bebauungsplans 922  
(Planaufstellungsbeschluss)  
dazu: Vertreter Senator für Umwelt, Bau, Verkehr und Europa und des Bauamtes Bremen-Nord
2. Vergabe Beiratsmittel 2011
  - 2.1. Antrag – „Gute Geschäfte – Marktplatz für Bremen-Nord in Blumenthal“
3. Bürger/Innen – Anträge; Fragen, Wünsche und Anregungen in Stadtteilangelegenheiten aus der Bevölkerung
4. Verschiedenes

### **TOP 1. Sachstand zur Änderung des Bebauungsplans 922** **(Planaufstellungsbeschluss)**

Der Vorsitzende teilt mit, dass Herr Senator Dr. Loske aus terminlichen Gründen nicht an der Beiratssitzung teilnehmen kann.

Wie der Vorsitzende berichtet, fand ein Telefonat zwischen ihm und Herrn Benze (SUBVE) statt, in dessen Verlauf Herr Benze erklärte, dass für die Änderung des Bebauungsplans 922 auf jeden Fall eine Lösung gefunden werden soll.

Anhand einer Power-Point-Präsentation erklärt der Vorsitzende die Einführung ins Thema, und zwar

### Die rechtlichen Grundlagen

- § 9 Beteiligungsrechte des Beirats
- § 11 Herstellung von Einvernehmen
- § 31 Unterrichts- und Beteiligungspflicht der zuständigen Stellen
- Ortsgesetz über Beiräte und Ortsämter vom 02.02.2010 (Beirätegesetz)

### Baugesetzbuch (BauGB)

- § 36 Beteiligung der Gemeinde und der höheren Verwaltungsbehörde

Der Vorsitzende stellt den Ablauf des bisherigen Vorgangs dar:

- Änderung B-Plan 922 erscheint auf der TO der städtischen Deputation für Bau und Verkehr am 02.12.2010
- Hierüber waren Ortsamt und Beirat nicht informiert - Aufgründdessen haben Beiratsmitglieder eine Absetzung von der TO über die Deputierten der Parteien erreicht
- Diskussion über das Thema im Beirat am 13.12.2010 – Das Bauamt trägt Gründe vor, warum eine Änderung angestrebt wird
- Der Beirat diskutiert und fasst den Beschluss, die Vorlage des Bauamts abzulehnen. Stattdessen fordert er die Aufstellung eines vorhabenbezogenen Bebauungsplans
- Am 04.02.2011 erhält das Ortsamt vom SUBVE die aktuelle Tagesordnung für die nächste Sitzung der städtischen Deputation für Bau und Verkehr
- Am 14.02.2011 beschließt der Beirat, den Sprecher des Ausschusses für Bau, Verkehr, Umwelt und Stadtentwicklung, Herrn Alex Schupp, zur Deputationssitzung zu entsenden, um die Position des Beirats zu verdeutlichen
- Am 17.02.2011 beschließt die Deputation die Zustimmung zur Änderung des Bebauungsplans entgegen dem Beschluss des Beirates
- Am 21.02.2011 beschließt der Koordinierungsausschuss die Einberufung einer außerordentlichen Beiratssitzung

Der Vorsitzende übt Kritik an den bisherigen Vorgängen dahingehend,

- dass das Bauamt Bremen-Nord den Beirat nicht rechtzeitig von der beabsichtigten Änderung unterrichtet hat
- dass der Beschluss des Beirats ignoriert wurde. Es wurde nicht versucht, „Einvernehmen herzustellen“
- das Ortsamt hat es versäumt, dem SUBVE mitzuteilen, dass Herr Schupp als Vertreter des Beirats für diesen in der Sitzung der Deputation Stellung beziehen wird/will
- dass es einen unterschiedlichen Informationsstand der Mitglieder des Beirats und der Deputierten in Bezug auf die Voranfrage gibt

Herr Schurr fragt, seit wann das Baugesetzbuch gültig ist.

Dies ist Herrn Donaubaue nicht bekannt, will es aber prüfen. *(Nach Prüfung wird erklärt, dass es sich um das Baugesetzbuch vom 23.06.1960 in der Fassung der Bekanntmachung vom 23. September 2004 (BGBl. I S. 2414), das zuletzt durch Artikel 4 des Gesetzes vom 31. Juli 2009 (BGBl. I S. 2585) geändert worden ist.)*

Herr Donaubaue berichtet zusammenfassend zum B-Plan 922, dass eine Änderung zum B-Plan erfolgen soll, da eine Anfrage zu einem Objekt an der Lüssumer Straße vorliegt. Diese Anfrage liegt dem Bauamt seit August 2010 für das Grundstück vor. Herr Donaubaue selbst ist allerdings erst seit September 2010 im Amt und war zu diesem Zeitpunkt über diese Anfrage nicht informiert. Ihm sei ein Investor zunächst auch nicht bekannt gewesen. Erst in der vergangenen Woche ist dieser beim Bauamt vorstellig geworden. Der Frage, warum es in seinem Amt bislang zu keinem

Gespräch mit dem Investor gekommen sei, will Herr Donaubaueer umgehend nachgehen. Von einem Kaufvorvertrag wisse er erst seit ein paar Tagen.

Der Investor plant, dort einen Verbrauchermarkt mit Fachabteilungen in einer Größe von 1800 m<sup>2</sup> einzurichten. Die Größe des geplanten Bauvorhabens entspricht allerdings nicht dem Bremer Zentrenkonzept, wonach der Bereich an der Lüssumer Straße schützenswert und als Mischgebiet zu erhalten ist. Das bedeutet, dass eine Verbrauchermarkt-Neuansiedlung Kaufkraft aus den übrigen Blumenthaler Gebieten abzieht und zu einem weiteren Verdrängungswettbewerb führen könnte. Vorstellbar ist demnach kein Vollsortiment, sondern nur eine etwa 800 m<sup>2</sup> große Verkaufsfläche.

#### Diskussion im Beirat

Herr Meyer ist über das Verhalten von Herrn Senator Dr. Loske sehr irritiert. Bedauerlicherweise ist kein eingeladener Vertreter vom SUBVE bei der anberaumten Sitzung anwesend. Seiner Meinung nach ist es erschwerend ohne sie auf einen Konsens zu kommen. Außerdem könnte er sich vorstellen, dass bei Nichtbebauung die Bürger in das niedersächsische Schwanewede zum Einkaufen fahren.

Herr Schurr referiert hierzu die historische Entwicklung der Schlafstadt.

Frau Krohne befürchtet ebenfalls eine Abwanderung der Kaufkraft.

Herr Donaubaueer ist ebenso der Meinung, dass es eine Kaufkraftabwanderung nach Schwanewede geben könnte. Dieser Entwicklung sollte entgegengesteuert werden. Ein bestehender Verbrauchermarkt muss zudem genügend Stellplätze nachweisen.

Herr Schupp verweist auf sein Schreiben vom 20.02.2011 an die Abgeordneten der Bremischen Bürgerschaft hinsichtlich der Sitzung der Deputation für Bau und Verkehr am 17.02.2011 und ist der Meinung, dass er damit den „Stein ins Rollen“ gebracht hat. Er macht deutlich, dass seine Aussagen in dieser Angelegenheit der Wahrheit entsprechen.

Frau Krohne möchte informiert werden, was in der Sitzung der Deputation vorgefallen ist. Ihr sei zu Ohren gekommen, dass kein Beiratsmitglied aus Blumenthal dort teilgenommen hat; auch Herr Schupp nicht.

Herr Teiwes berichtet, dass eine Einladung für die Deputations-Sitzung für den Beiratssprecher und seinen Stellvertreter vorlag. Aus gesundheitlichen Gründen konnten weder Herr Dettmer noch er an der Sitzung teilnehmen. Mit Herrn Dettmer war er sich einig, dass Herr Schupp als Vertretung die Einladung wahrnehmen solle. In der Bremischen Bürgerschaft liegt eine Liste aus, in die sich Anwesende eintragen sollen. Herrn Teiwes ist es nicht bekannt gewesen, dass man sich zur Deputations-Sitzung anmelden muss.

Der Vorsitzende fordert, dass zukünftig der Deputation unbedingt mitgeteilt werden muss, wer an einer anberaumten Sitzung teilnimmt.

Herr Schwarz glaubt den Ausführungen von Herrn Schupp.

Herr [REDACTED] aus dem Zuschauerraum meldet sich zu Wort.

Er erklärt, dass er Eigentümer des betreffenden Grundstücks [REDACTED] Straße ist. Seit Mai 2010 gibt es einen gültigen Kaufvertrag mit einem Investor, der auf seinem Grundstück einen 1800 m<sup>2</sup> Supermarkt erstellen will. Alternativ könnte er sich einen Markt mit einer Verkaufsfläche von 800 m<sup>2</sup> eben so gut vorstellen. Eine Wohnungsbebauung auf dem Grundstück ist für ihn nicht realisierbar. Die zur Zeit noch bestehenden Gebäude müssen für einen Geschäftsneubau abgerissen werden. Der vorstellige Investor hat intensiv versucht, ein Gesprächstermin beim Bauamt zu erhalten und fühlt sich regelrecht abgeblockt. Zu einem Kontakt ist es erst gekommen, nachdem Herr Donaubaier sein Amt angetreten hat.

Herr Brand ist überrascht über die Informationen von Herrn [REDACTED]. Laut Aussage vom SPD-Baudeputierten Herrn Kasper gab es bislang keinen Investor.

Frau Krohne ist verblüfft, dass es seit Mai einen Kaufvertrag gibt. Sie erwartet, dass die Angelegenheit, warum der Grundstückseigentümer und der Investor keine Termine beim Bauamt bekommen haben, umgehend aufgeklärt wird.

Der Vorsitzende macht Frau Krohne darauf aufmerksam, dass Herr Donaubaier bereits seine Zusage gegeben hat, diese Angelegenheit aufzuklären.

Frau Dr. Schäfer regt an, zukünftig der Deputation zu avisieren, wer vom Ortsamt/ Beirat zu einer Sitzung kommen wird.

Frau Dr. Schäfer erklärt weiterhin, dass weder sie noch irgendein Deputierter bemerkt hat, dass sich Herr Schupp in der Sitzung zu Wort gemeldet hat. Zum B-Plan 78 hat sich Herr Kall gemeldet und dazu Ausführungen gemacht. In diesem Zusammenhang sind die Worte von Herrn Dr. Loske gefallen: „Wir sind nicht der Ortsbeirat“. Die Ausschuss-Assistentin hat das Wortprotokoll von der Tonbandaufnahme übernommen.

Herr Schupp bleibt bei seiner Erklärung, dass er sich zu Wort gemeldet hat und Frau Dr. Schäfer ihn hierbei überhaupt nicht sehen konnte. Er besteht darauf, dass seine Schilderung der Wahrheit entspricht. Er fügt hinzu, wenn tatsächlich die betreffende Äußerung von Herrn Dr. Loske nicht auf dem Tonband zu hören ist, dass man diese Worte auch herausgeschnitten haben könnte.

Frau Dr. Schäfer ist überaus erbost über die Äußerung von Herrn Schupp und empfindet es als eine Dreistigkeit, dass ihr unterstellt wird, dass sie nicht mitbekommen hat, dass Herr Schupp sich zu Wort gemeldet hat. Ebenso sind seine Behauptungen ihrer Meinung nach gegenüber dem Senator, den Deputierten und auch der Ausschuss-Assistentin ausgesprochen unfair. Der Vorwurf, „wir sind hier nicht auf einer Beiratssitzung“ sei in einem anderen Zusammenhang gefallen. Man solle doch bei der Wahrheit bleiben und die Fakten nicht durcheinander bringen.

Von Herrn Teiwes kommt die Rückfrage, ob Frau Dr. Schäfer somit behaupten würde, dass Herr Schupp lügt.

Frau Dr. Schäfer kontert, dass Herr Schupp sich falsch erinnert.

Der Vorsitzende mahnt, dass er nicht möchte, dass die Teilnehmer einander der Unwahrheit bezichtigen. Er wird sich den Tonbandmitschnitt der Sitzung anhören, um sich von diesem Vorfall in der Baudeputations-Sitzung ein Bild zu machen.

Frau Schmidtke, Mitglied der Deputation Bildung, erklärt das Prozedere einer Deputations-Sitzung. Alle Deputations-Sitzungen sind öffentlich. Rederecht hat nur der Ortsamtsleiter, der Beiratssprecher und sein Stellvertreter. Sie appelliert auf mehr Zusammenarbeit und möchte zu den Fraktionssitzungen eingeladen werden. Sie sieht keine Veranlassung, an den Worten von Herrn Schupp und Herrn Kasper zu zweifeln.

Herr Schwarz bleibt dabei, dass er nach wie vor den Äußerungen von Herrn Schupp glaubt und stellt den Antrag, den Beschluss vom 13.12.2010 zu bestätigen.

Der Vorsitzende bittet um Abstimmung

**Abstimmung:**       10 Ja-Stimmen  
                          1 Dagegen  
                          1 Enthaltung

Der Beirat hat seinen Beschluss vom 13.12.2010 bestätigt.

Der Beschluss hat folgenden Wortlaut:

#### 1. Änderung zum Bebauungsplan 922 (Planaufstellungsbeschluss)

Die Fläche an der Lüssumer Straße soll in das Zentrenkonzept mit eingearbeitet werden. Der Beirat will nicht auf einen Großinvestor verzichten. Das Bauamt wird aufgefordert, mit dem Investor zu verhandeln, damit er dort gemäß Richtlinien bauen kann. Für das Gebiet an der Lüssumer Straße soll ein vorhabenbezogener Bebauungsplan aufgestellt werden.

Der Beirat verlangt dazu die erneute Beratung mit seiner Anhörung in der staatlichen Deputation in der städtischen Deputation für Bau und Verkehr.

Der Vorsitzende schickt Herrn Donaubaier den Beschluss per Post zu.

### **TOP 2 Vergabe Beiratsmittel 2011**

#### **2.1. Antrag – „Gute Geschäfte – Marktplatz für Bremen-Nord in Blumenthal“**

Der Vorsitzende erklärt anhand einer Power-Point-Präsentation das Projekt Marktplatz Bremen-Nord. Hierüber geben Herr Schacher, Frau Binne und der Ortsamtsleiter Auskunft.

Beantragte Summe für das Projekt 2011:       4.800,00 €

Vorschlag:

Genehmigte Summe für das Projektjahr 2011

Nach den Regeln für Globalmittel:           3.200,00 €

Frau Binne führt aus, dass sie diese Art von Projekt bereits in Frankfurt kennengelernt hat und dass es solche auch schon in Offenbach und Wetzlar gibt. Die Sparkasse unterstützt das Blumenthaler Projekt mit 1.500,00 €

Frau Schmidtke erkundigt sich, ob auch die George-Albrecht-Straße Nutzer sein kann.

Der Vorsitzende geht davon aus, dass sich die Caritas-Streetworker beteiligen. Er schlägt vor, Herrn Schacher darauf anzusprechen.

Der Vorsitzende bittet um Abstimmung über den Beiratsmittelantrag.

**Abstimmung:**      8 Ja-Stimmen  
                              2 Dagegen  
                              2 Enthaltungen

### **TOP 3 Bürger/Innenanträge; Fragen, Wünsche und Anregungen in Stadtteilangelegenheiten aus der Bevölkerung**

Eine Bürgerin kündigt einen Bürgerantrag zum Thema Kita Farge/Rekum an, wo es um den Erweiterungsbau der Kita U 3-Gruppe geht. Diesen Antrag wird sie schriftlich beim Ortsamt einreichen. Sie macht dazu weitere Ausführungen.

Herr Schwarz hat diese Situation schon an die Bürgerschaftsabgeordneten weitergeleitet. Mit dem Bau sollte schon vor drei Jahren begonnen werden. Aus der Zeitung habe er erfahren, dass hierfür noch Geld benötigt wird. Der Brandschutz sollte gefördert werden und die Brandschutztüren sollen erneuert werden. Der Erweiterungsbau sollte so gebaut werden, wie es vorgesehen ist.

Der Vorsitzende will bei der Senatorin für Soziales nachfragen, warum die Zusage nicht eingehalten wurde.

Ein Bürger, fragt nach dem Spielplatz auf der Ahnte.

Der Vorsitzende erklärt, dass dieses Thema in der nächsten Beiratssitzung besprochen wird.

### **TOP 4 Verschiedenes**

#### **Nächste Termine:**

**14. März 2011 19.00 Uhr Öffentliche Beiratssitzung im Stiftungsdorf Rönnebeck**

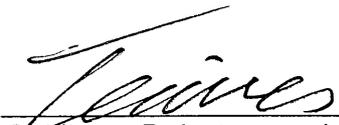
**01. April 2011 10.00 Uhr Blumenthal räumt auf**

**02. April 2011 9.00 Uhr Farge räumt auf**

Um 21.20 Uhr wird der öffentliche Teil der Sitzung beendet.



Vorsitzender



Stellvertr. Beiratssprecher



Protokollführerin